

Peter Munkelt

Publizist, ehemaliger Leiter des Politischen Archivs beim Parteivorstand
der SPD in Bonn und Berlin

ZUKUNFT DER EU UND IHRE INTERNATIONALE ROLLE. DEUTSCHE DISKUSSIONEN UND PLÄNE

Bestandsaufnahme: Konflikte statt Kooperation

Die Europäische Union befindet sich in keinem guten Zustand. Die Tageszeitung Die Welt registriert sogar einen *erbärmlichen Zustand*¹ und läutet schon den Abgesang ein: *Abschied vom Fetisch eines politisch vereinten Europa*².

Konflikte, zumindest Differenzen, belasten die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten. Unterschiedlichste Positionen in zahlreichen Politikfeldern stehen sich gegenüber. Dokumentiert werden im Folgenden die Auseinandersetzungen in der Flüchtlingspolitik, Energiepolitik, Währungspolitik und Rüstungspolitik. Weiter denn je vom einstigen Ziel der Vereinigten Staaten von Europa entfernt, sind heute Kräfte der Desintegration auf dem Vormarsch, erstarken Nationalisten, Populisten, Separatisten, sogar Befürworter eines Austritts aus der Gemeinschaft. Der um sich greifende Umgangston untereinander, bis in die Staatsspitzen, ist nicht mehr nur undiplomatisch, er wird schlichtweg immer rüder.

Neben ihren Binnenproblemen wird die Gemeinschaft durch globale Veränderungen herausgefordert. Mit dem Ausklingen des Eurozentrismus entsteht

¹ S. Mühlherr, *Ressortleiterin Außenpolitik: Deutschland drückt sich*, „Die Welt“, 19.2.2019

² Titel zum Beitrag von Zafer Senocak, Schriftsteller in Berlin, „Die Welt“, 19.2.2019.

ein neues globales Machtgefüge. Nach Aufkündigungen internationaler Abrüstungsverträge droht mindestens ein neuer Rüstungswettlauf zwischen den bisherigen und neu aufsteigenden Supermächten, über die Sicherheitsinteressen Europas hinweg. Aus dem Kalten Krieg der Nachkriegsjahre bis Ende der 1980er Jahre bleibt in Erinnerung, wie knapp die Welt selbst bei bloß technischen Pannen einer militärischen Konfrontation bis zum Dritten Weltkrieg entgangen ist. Beispielhaft für die neue globale Kriegsgefahr: Die Zeiger der Atomkriegsuhr sind von 17 vor zwölf im Jahr 1991 im letzten Jahr auf zwei vor zwölf vorgerückt.

Die Reaktionen in Deutschland auf diesen Niedergang sind im Mainstream der Meinungsbildung durchweg restaurativ und sogar unterwürfig: Europa als Festung gegen die sogenannte Flüchtlingskrise, militärische Aufrüstung, der US-Administration zu Gefallen, Energieimporte aus den USA statt eigenständiger europäischer Versorgung, Betteln um Aussetzen angedrohter US-Strafzölle.

Binnenprobleme der EU

– Flüchtlingspolitik

Nach dem Alleingang der deutschen Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel im September 2015, ohne Absprache innerhalb der EU die Grenzen für Hunderttausende von Flüchtlingen offen zu halten, stellten sich dieser Entscheidung viele EU-Staaten entgegen. Das von der Kanzlerin dann *in letzter Minute* eingefädelt Abkommen mit der Türkei nahm zwar *den Dampf aus dem Kessel*. Für dieses *politisch umstrittene Abkommen braucht es aber auch weiterhin Mehrheiten*³.

Zum dritten Jahrestag des EU-Türkei-Abkommens hat die Europäische Kommission schließlich *massive Kritik geübt: Flüchtlingslager in Griechenland laut EU „Schande für Europa“*, *Das EU-Türkei-Abkommen von Angela Merkel funktioniert internen Dokumenten zufolge nicht: Migranten werden unter menschenunwürdigen Bedingungen auf griechischen Inseln festgehalten*⁴.

– Energiepolitik

Gespalten ist die EU auch über die Gaspipeline Nord Stream 2 zur Energieversorgung aus Russland: Österreich, die Niederlande und Belgien halten gemeinsam mit Deutschland an den Pipelineplänen fest – und doch: Innerhalb Europas stehen die Befürworter des Projekts zunehmend allein. Jetzt rächt sich, dass die Bundesregierung nicht von Anfang an all ihre europäischen Partner eingebunden hat, auch jene, die Bedenken hatten. Die US-Regierung, die eine Rückkehr zum Nationalismus propagiert, wittert die Gelegenheit, Europa zu spalten. Berlin macht es ihr leicht.

³ C. Martens, *Korrespondentin in Brüssel: Angela Merkel und die Zukunft der EU*, Deutsche Welle, Made for minds, 13.11.2018.

⁴ „Welt am Sonntag“, 17.3.2019.

Dennoch sprechen zweifellos gute Gründe für Nord Stream 2: Pipelinegas ist günstig, amerikanisches Flüssiggas zu teuer. Die Fördermengen in Großbritannien und den Niederlanden gehen zurück. Ohne zusätzliche Lieferungen aus Russland kann die Energiewende (...) womöglich nicht gelingen. Auch ist die Angst übertrieben, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Russland zu geraten – viel eher ist Russland von europäischen Devisen abhängig⁵.

Frankreich stellt sich in dieser Auseinandersetzung gegen Deutschland, aus Sorge, von Russland abhängig zu werden. Die Baltische Staaten, Polen, die Slowakei betrachten die Trasse als Gefahr für ihre Sicherheit. Andererseits befürchten Polen, die Ukraine und die Slowakei den Verlust von Transitgebühren in Milliardenhöhe für russisches Gas in die EU.

– Währungspolitik

Der Euro als europäische Einheitswährung hat seit seiner Einführung als Buchgeld 1999 in vielen Ländern zu massiven Wohlstandseinbußen geführt, so in Italien bis 2017 zum Verlust von 73.605 Euro, in Frankreich von 55.996 Euro je Einwohner, insgesamt für Italien 4,3 Billionen, für Frankreich 3,6 Billionen Euro Verluste. Auch für Portugal, Belgien und Spanien verlief die Entwicklung negativ.

Auf der Gewinnerseite steht Deutschland mit einem Plus pro Einwohner von 23.116 Euro in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Auch für die Niederlande zahlte es sich pro Bürger mit einem Betrag von 21.003 Euro aus⁶.

Anderer Ökonomen kritisieren solche Vergleiche, sehen stattdessen Fehler nationaler Regierungen für solche Einbußen verantwortlich, vorrangig Nichteinhaltung von Stabilitätskriterien. In Kauf genommen wird dabei allerdings, dass als Folge von Stabilitätspolitik, der nahezu dogmatisierten Politik der Schuldenbremse, Volkswirtschaften in einen Kreislauf immer tiefer abwärts gerieten. Durch den 2012 in Kraft getretenen *Europäischen Stabilitätsmechanismus* werden Mitgliedsstaaten der Eurozone bei Liquiditätsschwierigkeiten zu einer *Art Offenbarungseid und zur Einhaltung strenger wirtschaftlicher Auflagen verpflichtet. Wegen des damit verbundenen „Stigmas“ versuchen die Mitgliedsstaaten heute solange es geht, ohne Hilfskredite auszukommen, was ihre Lage (...) oft noch verschlechtert⁷.*

Frankreichs Präsident Macron wirbt für ein Euro-Zonen-Budget, findet aber für diesen Vorschlag vor allem in Deutschland keine Unterstützung: *Der*

⁵ M. Koch, *Senior Correspondent: Riskanter Eigensinn*, „Handelsblatt“, 8.2.2019.

⁶ Studie von Alessandro Gasparotti und Matthias Kullas, Wissenschaftler des Freiburger Centrums für Europäische Politik (cep), zit. nach: A. Meier, A. Sirleschtov, *Der Euro hat Italiener und Franzosen ärmer gemacht*, „Der Tagesspiegel“, 26.2.2019.

⁷ Wie die Währungsunion zu retten ist, Böckler Impuls, Hans Böckler Stiftung, 3/2019, 21. Febr., S. 4–5; Zusammenfassung von: A. Watt, J. Prieue, H. Herr, *Still time to save the euro*, Jan. 2019, https://www.boeckler.de/118602_118608.htm [20.02.2019].

*deutsch-französische Motor steht still, Macrons Vorschläge stoßen in Berlin leider nur auf diplomatisch verpackte Ignoranz*⁸.

Nach wie vor besteht die Bundesregierung getreu eigennützigster Austeritätspolitik darauf, Finanzhilfen an strenge Auflagen bis zu Eingriffen in die Haushaltspolitik betroffener Länder zu binden: *Ein eigenes Eurozonenbudget soll nach dem Willen der Bundesregierung vor allem als Belohnung für Reformen in den Mitgliedstaaten eingesetzt werden (...) mögliche Mittel aus einem Eurobudget sollten erst ausgezahlt werden, wenn die Reformen verwirklicht worden seien*⁹.

Durch Deutschlands Austeritätspolitik werden der eigenen Volkswirtschaft Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Volkswirtschaften verschafft, was zu immer größeren deutschen Exportüberschüssen führt. Die Lasten haben andere zu stemmen, denn *die Beschäftigung in den Krisenländern ist niedriger und die Staatsverschuldung wesentlich höher als vor der Krise. (...) Schon jetzt sind durch die Austeritätspolitik in vielen EU-Ländern die Gewerkschaften geschwächt worden, etwa durch die Verlagerung von Lohnentscheidungen in die Betriebe. Lokale Betriebsräte sind in einer schlechteren Verhandlungsposition als Gewerkschaften (...) Geschwächt wurden auch Bildungs-, Gesundheits- oder Rentensysteme*¹⁰.

Forscherteams von Portugal bis Lettland sind nach vierjährigen Untersuchungen zu diesem negativen Ergebnis gekommen: *Für den Zeitraum der vergangenen Dekade zeigt sich eine nachlassende soziale Schutzwirkung sozialer Sicherungssysteme in Europa, aber keine Verschiebung der Ausgaben hin zu sozialen Investitionen*¹¹.

Trotz der verheerenden sozialen Folgen für die betroffenen Länder will auch die Nachfolgerin von Angela Merkel als CDU-Vorsitzende dieser harten Fiskalpolitik treu bleiben: *Europäischer Zentralismus, europäischer Etatismus, die Vergemeinschaftung von Schulden, eine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns wären der falsche Weg*¹².

Insgesamt demonstriert ihr Europa-Plan: *Wenig Herz für Europa (...) Für Europa hat sie wenig übrig. (...) Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot hat treffend festgestellt, dass Kramp-Karrenbauer höchst einseitig auf die EU blickt:*

⁸ Titel über einen Gastbeitrag von Sigmar Gabriel, ehemaliger SPD-Vorsitzender und Bundesminister, zuletzt Außenminister, „Der Tagesspiegel“, 6.3.2019.

⁹ *Berlin bleibt dabei: Eurobudget nur gegen Reformen*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 20.2.2019.

¹⁰ C. Dohmen, *Die Union der Verschiedenen*, Bericht über die Europaforschung um Martin Höpner und Fritz Scharpf am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, MaxPlanck-Forschung, 1/2019, S. 30–36, hier S. 35.

¹¹ *Wie steht es um die Sozialpolitik in Europa? Ergebnisse des europäischen Forschungsprojektes Re-INVEST*, SOFI, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität, Presseinformation, 18.3.2019.

¹² A. Kramp-Karrenbauer, *Bricht in Europa etwas auf? Europa richtig machen* – die CDU-Vorsitzende antwortet Frankreichs Präsident Macron mit einem eigenen Europa-Plan, „Welt am Sonntag“, 10.3.2019.

Sie wolle „im Grunde den ‘rechten Arm des Staates‘ in Europa (Sicherheit, Grenzen, Kontrolle, Militär), aber nicht den linken (Solidarität, soziale Sicherheit, Haftung).“ Dieser allein auf Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen ausgerichtete Ansatz schafft keine europäische Identität, er zielt lediglich auf die vor allem eigennützliche Kooperation von Nationalstaaten¹³.

– Rüstungspolitik

Gegensätzliche Positionen werden selbst unter den enger verbundenen Partnern Frankreich und Deutschland vertreten: *Frankreich fordert von Deutschland Lockerung der Waffenexportregeln, Deutschland hat Rüstungsgeschäfte mit Saudi-Arabien gestoppt. In Frankreich stößt das auf Kritik. (...) Frankreich und auch Großbritannien hatten die deutsche Rüstungsexportpolitik zuletzt kritisiert und gefordert, dass Deutschland europäische Gemeinschaftsprojekte wie den Eurofighter oder den Tornado von einem Exportstopp gegen Saudi-Arabien ausnehmen soll¹⁴.*

Dabei gehört Deutschland längst zu den größten Rüstungsexporturen, nimmt hinter den USA, Russland und Frankreich den vierten Platz ein.

Gerade die vergangenen Jahre der großen Koalition waren gut fürs Waffenexportgeschäft – noch nie zuvor hat eine Bundesregierung so viele Waffenexporte in Krisengebiete genehmigt. Besonders in die Kritik geraten sind dabei Rüstungsexporte an Staaten wie den Irak oder Saudi-Arabien, die weder Mitglied der Nato noch der EU sind¹⁵.

Deutschlands Rüstungsindustrie ist jedoch längst nicht zufrieden: *Warum nur Rang vier? Das fragt sich die deutsche Rüstungsindustrie. Deutschland ist schließlich der Exportweltmeister, und die Nachfrage in einer aus den Fugen geratenen Welt ist gerade ungeheuer groß¹⁶.*

– Nationalismus und Populismus

Deutsche Leitmedien registrieren den *Vormarsch autoritärer Regime in Europa. Dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution in Mittel- und Osteuropa scheint der Vormarsch autoritärer Regime, die man damals für endgültig passé hielt, unaufhaltsam¹⁷.*

Beim Erstarken solcher auch in Wahlen erfolgreichen Strömungen sind deutsche Leitblicke vornehmlich auf „Sündenböcke“ gerichtet: *Der Zerfall beginnt im Osten Europas, In Mittel- und Osteuropa sind Demokratie und Rechts-*

¹³ Kolumne von Stefan Kuzmany, Leiter des Hauptstadtbüros von Spiegel Online, Spiegel Online, 11.3.2019.

¹⁴ Zeit Online, 24.2.2019.

¹⁵ J. Ecke, *Im Süden nichts Neues, Die Rolle Deutschlands im Zeitalter der neuen Stellvertreterkriege*, „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 3/2019, S. 84–90, hier S. 88.

¹⁶ G. Mascolo, *Waffenexporte, Schändliche Bilanz*, „Süddeutsche Zeitung“, 12.3.2019.

¹⁷ K. Holm, *Der Vormarsch autoritärer Regime in Europa*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 18.3.2019.

*staat gefährdet, die Dynamik des Nationalismus bedroht das europäische Projekt*¹⁸.

*An der Ostflanke des Kontinents profilieren sich europafeindliche Regierungschefs mit beachtlichem Erfolg aus Kosten Brüssels – und rufen mit tatkräftiger Unterstützung des Gründungsmitglieds Italien zum rechtspopulistischen Marsch durch dessen Institutionen auf*¹⁹.

Für die künftige Entwicklung der Gemeinschaft wäre es jedoch sehr viel nützlicher, als erstes die Ursachen der Absetzbewegungen zu analysieren, statt bloß Symptome anzuprangern und vorzuführen: *„Diese Länder haben ihre eigene Sichtweise, die wir anhören und sorgsam prüfen sollten“. Im Falle Polens behauptet die PiS-Regierung etwa, sie stelle selbst die Rechtsstaatlichkeit erst her, indem sie Richter aus der kommunistischen Zeit und korrupte Parteigänger der bürgerlichen Vorgängerregierung entferne. Zudem behaupten Polen und Ungarn, ihnen würden Strukturen angekreidet, die in anderen Staaten wie Deutschland noch nie beanstandet wurden, etwa die Richterwahl in politisch besetzten Gremien*²⁰.

Ziemlich spät erkennt und benennt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ diese Entwicklung als Folge neoliberalistischer „Reform“-Politik: *In den Visegrád-Staaten, die seinerzeit besonders radikale Marktreformenten umsetzen, haben sich rechtspopulistische Regierungen etabliert*²¹.

Auch die Bankenkrise wird für diese Entwicklung verantwortlich gemacht: *Während in den ersten vierzig Jahren der Gemeinschaft Freiheit, Demokratie und Wohlstand Europas zentrales Zukunftsversprechen waren, wird spätestens seit der Finanzmarktkrise dieser Dreiklang in unterschiedlicher Weise in Frage gestellt. Verstöße gegen Unionsrecht, Korruption, politische Manöver gegen die Unabhängigkeit der Justiz und ein laxer Umgang mit Grundrechten scheinen das europäische Rechtsstaatsversprechen zu untergraben*²².

– Brexit

Für das mit 51,89 Prozent Zustimmung ziemlich knapp erfolgreiche Referendum zum Austritt des Vereinigten Königreich aus der EU (British Exit) werden Motive analysiert, die unterschiedlicher kaum sein können: *Die Brexit-Befürworter decken ein breites Spektrum ab, das von ganz rechts bis ganz links reicht und die EU aus sehr verschiedenen Perspektiven kritisiert. Für die einen ist die Europäische Union das neoliberale Feindbild, das zu wirtschaftsfreundlich ist und*

¹⁸ Überschrift zum Gastbeitrag von Jörg Forbrig, Mittel- und Osteuropaexperte beim German Marshall Fund of the United States in Berlin, und Wojciech Przybylski, Chefredakteur von Visegrad Insight in Warschau, Zeit Online, 7.2.2019.

¹⁹ J. Münchrath, *Handelsmacht Europa*, „Handelsblatt“, 14.2.2019.

²⁰ Armin von Bogdandy, Direktor am Heidelberger Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, MaxPlanckForschung, 1/2019, S. 29.

²¹ K. Holm, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 18.3.2019.

²² U. Di Fabio, M. Weber, *Wie Rechtsstaatlichkeit besser verteidigt werden kann*, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 17.3.2019.

allein die freien Märkte im Sinn hat. Für die anderen greift die EU gerade in die Wirtschaft zu stark ein. Sie wollen aus der EU raus, um endlich wirklich freie Märkte zu haben. Ein Teil der Brexit-Befürworter will Migration begrenzen und zurück zu mehr nationaler Souveränität. Ein anderer Teil der Bewegung glaubt hingegen, die EU gehe schlecht und unmenschlich mit Flüchtlingen um. Sobald man raus sei, könne man das besser machen. Es sind also stark widersprüchliche Meinungen, die rational gar nicht in Einklang zu bringen sind²³.

Der Austritt Großbritanniens würde das „Wertesystem“ der EU zugunsten rechtspopulistischer Kräfte verschieben: *Der Brexit stellt nicht nur ein kaum zu kalkulierendes ökonomisches Risiko dar. Der Austritt Großbritanniens bedeutet auch ein schmerzhafter Verlust an politischer und liberaler Kultur²⁴.*

Sehr viel gewichtiger würden sich aber mit dem Brexit die Machtverhältnisse in der EU verschieben. Deutschland könnte seine dominierende Rolle kaum behaupten: *Die gemischten Gefühle Deutschlands gegenüber französischen Führungsambitionen in einer stärker integrierten EU, in der die deutsche Wirtschaftskraft möglicherweise in den Dienst nationaler französischer Interessen gestellt werden soll, werden nun unter den verbleibenden Mitgliedsländern weniger Rückhalt finden. Ist Großbritannien einmal draußen, könnte Frankreich versuchen, die Rolle des europäische Einigers zu übernehmen, indem es Deutschland zu einem europäischen Staatsprojekt französischer Machart drängt (Macron: „ein souveränes Frankreich in einem souveränen Europa“). (...) Es sei daran erinnert, wie sehr de Gaulle versucht hat, das Vereinigte Königreich damals aus der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft rauszuhalten, mit dem Argument, dass Großbritannien nicht „europäisch“ genug sei²⁵.*

– Separatismus

„Der Tagesspiegel“, Berlin, veröffentlichte eine Übersicht zu *Separatisten in Europa, Nicht nur Katalonien: Wer alles nach Unabhängigkeit strebt* und zählt zusätzlich auf (*Ein unvollständiger Überblick*): Baskenland, Schottland, Nordirland, Färöer und Grönland, Korsika, in Belgien Flandern und Wallonien, Italiens Norden kontra Süden, Südtirol, zusätzlich in den potentiellen EU-Beitrittskandidaten Bosnien und Kosovo²⁶.

– Rüde Umgangsformen

Hierzu nur ein Beispiel. Italiens Innenminister Salvini fordert die Franzosen auf, ihren Präsidenten, *ein sehr schlechter Präsident*, zu stürzen. *Die Verstimmung*

²³ L. Suckert, Soziologin beim Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, MaxPlanckForschung, 1/2019, S. 7.

²⁴ J. Münchrath, *op. cit.*

²⁵ W. Streeck, *Ein europäisches Imperium im Zerfall*, kurzlink.de/ATTAC_Streeck; Mai 2019.

²⁶ „Der Tagesspiegel“, 1.10.2017.

auf der französischen Seite wurde durch den unangemeldeten Besuch des italienischen Außenministers Luigi Di Maio (...) verstärkt. Di Maio traf mit einem rechtsextremen Wortführer der „Gelbwesten“ (...) zusammen²⁷.

Bilanz der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: *Das Europa Di Maios und Salvinis ist ein Kontinent, dessen Völker einander beschimpfen und beharken, anstatt zusammenzuarbeiten. Das ist in der Geschichte noch nie gutgegangen*²⁸.

Globale Verschiebungen

– Ende des Eurozentrismus

Unter der derzeitigen US-Administration wendet sich der politische und ökonomische Schwerpunkt der westlichen Supermacht noch konsequenter als zuvor von den transatlantischen Beziehungen weg zu Herausforderungen im pazifischen Raum, vor allem gegen China als aufsteigender neuer Konkurrent: *Die USA konzentrieren sich unter Donald Trump darauf, den Aufstieg Chinas zur neuen Großmacht einzudämmen: im Handel, aber auch geostrategisch*²⁹.

In Sichtweite sei schon ein *neuer kalter Krieg: Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass der Konflikt zwischen China und den USA weit mehr ist als ein Streit über Handel und Technologie. Es bahnt sich ein neuer kalter Krieg an*³⁰.

Ziel der USA ist es, ihre Vormachtstellung auf allen Ebenen zu konservieren: *Die Auseinandersetzung um die Beteiligung von Huawei an der deutschen und europäischen Telekommunikation ist nur ein Symbol für einen neuen kalten Krieg um die technologische, politische und militärische Vorherrschaft auf der Welt. Dieser Krieg wird nicht mehr mit Panzern, sondern mit Technologie geführt*³¹.

Dennoch kann diese Konfrontation in kriegerischer Eskalation enden: *Die Konkurrenz der beiden Supermächte China und USA ist ökonomischer und militärischer Art, bislang vor allem ökonomischer, aber das kann sich ändern. Es führt daher nicht weit, sich an den Kalten Krieg zu erinnern, um Parallelen und Lösungswege zu finden. Denn die Konkurrenz der USA mit der Sowjetunion war ideologisch und militärisch. Um Märkte ging es eher am Rand, weil die UdSSR auf diesem Gebiet zu schwach war. Nun aber ist es vor allem ein Kampf*

²⁷ Frankreich beruft seinen Botschafter aus Italien ab, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.2.2019.

²⁸ N. Busse, *Europa verroht*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 8.2.2019.

²⁹ Ch. von Marschall, *Harte Vorwürfe gegen deutsche Sicherheitspolitik*, „Der Tagesspiegel“, 11.2.2019.

³⁰ S. Hua, *Trumps neuer kalter Krieg*, „Handelsblatt“, 7.5.2019.

³¹ S. Gabriel, *Das Zeitalter des Eurozentrismus ist endgültig vorbei*, Gastbeitrag, „Der Tagesspiegel“, 9.2.1019.

*um Märkte, wie in früheren Jahrhunderten zwischen England und Spanien oder England und den Niederlanden. Irgendwann wurde geschossen*³².

– Aufkündigungen internationaler Abrüstungsverträge

INF-Vertrag

Der INF-Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern aus dem Jahr 1987 ist im Februar 2019 durch US-Präsident Trump gekündigt worden, worauf Russland den Vertrag ausgesetzt hat.

Über seinen Alleingang hat der US-Präsident vor seinen Entscheidungen nicht mal die Nato-Mitglieder informiert – geschweige denn die EU.

Naheliegende Interessenlage für den Ausstieg der Supermacht im sich neu aufstellenden globalen Mächteranking: *Zu groß ist das Interesse der USA an der Befreiung von jeglicher nuklearer Rüstungsbegrenzung, um sich auf die neue strategische Herausforderung China zu konzentrieren. Russland und Europa sind aus dieser Sicht zweitrangig*³³.

Iran-Atomabkommen

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen den fünf UN-Vetomächten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, China und dem Iran konnte unter Beteiligung der EU im Juli 2015 vereinbart werden, dass der Iran auf den Bau von Atomwaffen verzichtet. Im Mai 2018 kündigte US-Präsident Trump den Rückzug der USA aus dem Atomabkommen sowie Wiederaufnahme der Sanktionen an. Die EU, die weiterhin an dem Abkommen festhält, sieht sie wachsendem Druck durch die US-Administration ausgesetzt: *USA drängen Europa zu Ausstieg aus Iran-Abkommen*³⁴.

Resümee in der Presse: *Die Welt ist so unsicher wie schon lange nicht mehr. Die Weltordnung zersplittert; es ist, als läge Krieg in der Luft*³⁵.

In der Presse wird jedoch schon gefordert, dass die EU die Konfrontation der USA gegenüber den Iran akzeptieren muss – als Amateur und nicht auf Augenhöhe mit der Supermacht: *Das Ausmaß amateurhafter Tapsigkeit ist erschreckend. Sie wird nur noch übertroffen von dem europäischen Wahn, auf Augenhöhe mit den Amerikanern zu stehen, und dem Irrglauben, auf dem Parkett der Diplomatie über die entsprechende Kraft zu verfügen. (...) Aber die EU ist keine Kraft,*

³² D. Kurbjuweit, *Wann wird ein Handelskrieg zum Krieg?*, Spiegel Online, Die Lage, Morning Briefing, 15.2.2019.

³³ S. Gabriel, *Eine neue Zeitrechnung beginnt, Das atomare Wettrüsten ist zurück – und Deutschland viel zu still*, Ein Gastbeitrag, „Handelsblatt“, 31.1.2019.

³⁴ Zeit Online, 14.2.2019.

³⁵ H. Prantl, *Prantls Blick – die politische Wochenvorschau*, „Süddeutsche Zeitung“, 10.2.2019.

die internationale Entwicklungen maßgeblich gestalten kann. Es stelle sich die Frage, ob die Einheit des Westens nicht wichtiger ist als die Vermittlerrolle in einem Konflikt, in welchem Teheran der Schurke ist³⁶.

– Handelskriege

Mit Strafzöllen versucht die amerikanische Administration, der eigenen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten zu verschaffen. Dank protektionistischer Politik soll es gelingen, amerikanische Stahl- und Aluminium-Unternehmen zu schützen, die durch billigere Importe vielfach bereits mit dem Verlust tausender Arbeitsplätze schließen mussten. Trump hat im Wahlkampf versprochen, diese Arbeitsplätze zurückzuholen. Inzwischen geht es nicht mehr nur um Stahl und Aluminium, der Angriff auf den freien Handel wird globaler: *Trumps Handelskriege, Verbrannte Erde Die Liste seiner Handelskonflikte wird immer länger Türkei, Russland, Iran, EU, Kanada, Mexiko, China*³⁷.

Nach diversen Aufschiebungen und Kompromiss-Versuchen zumindest gegenüber der Europäischen Union fokussiert sich Trumps Handelskrieg vor allem auf China.

Die Erfolgsaussichten werden in deutschen Leitmedien skeptisch betrachtet: *US-Präsident Donald Trump glaubt, aus einem Handelskrieg mit China als Sieger hervorgehen zu können. Dabei sitzt er einem fatalen Irrtum auf.*

Denn: *Wenn Trump also meint, den relativen ökonomischen Abstieg der USA im Vergleich zum Rest der Welt durch Protektionismus umzukehren, ignoriert er komplett die wachsende numerische Überlegenheit Asiens*³⁸.

Forderungen der US-Administration nach Beteiligung an deren diversen Handelssanktionen muss Europa widerstehen: *Der prinzipielle Ausschluss einer Firma wie Huawei von Aufträgen wegen des Spionageverdachts ohne Beweise geht zu weit. Europa und auch die Bundesregierung dürfen sich nicht von Trump instrumentalisieren lassen*³⁹.

Reaktionen in Deutschland

Europa als Festung

– Restriktionen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik

Unter der neuen Vorsitzenden der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, hat sich die Partei für einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik entschieden. Gefragt, ob sie im Falle eines ähnlich starken Flüchtlingsandrangs wie 2015 die Grenzen

³⁶ J. Schuster, *Iran-Krise, Der europäische Wahn, auf Augenhöhe mit den USA zu stehen*, „Die Welt“, 14.5.2019.

³⁷ Spiegel Online, 13.8.2018.

³⁸ F. Doll, *Handelskrieg mit China, Warum die USA den Kürzeren ziehen werden*, „WirtschaftsWoche“, 12.10.2018.

³⁹ J. Münchrath, *Industriepolitische Hybris*, „Handelsblatt“, 20.2.2019.

schließen wolle: *Wir haben gesagt, als Ultima Ratio wäre das durchaus auch denkbar*⁴⁰.

– Aufrüstung

Die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA ist für die Tageszeitung „Die Welt“ Fanal für *eine milliardenschwere Aufrüstung (...) Die militärische Bedrohung für die Europäer wächst und ist womöglich sogar gefährlicher als zur Zeit des Kalten Krieges. Zugleich ist ein neuer Rüstungswettlauf wahrscheinlich, weil China, Indien, Russland und damit auch die USA kein echtes machtpolitisches Interesse an Abrüstung haben. Und: Die westlichen Gesellschaften werden gezwungen sein, erheblich mehr Steuergelder in Verteidigungsausgaben zu stecken*⁴¹.

Wenn der US-Präsident den INF-Vertrag aufkündigt, darf es – nach solcher Logik – auch in Europa kein *echtes Interesse an Abrüstung* mehr geben.

Für eine zeitgemäße Aufrüstung dürften selbst Atomwaffen nicht tabu bleiben. So klagen Leitmedien: *Deutschland scheut die nukleare Teilhabe*⁴².

Auch die „Bild-Zeitung“ fordert höhere Rüstungsausgaben sowie *nukleare Teilhabe: Kanzlerin Merkel beklagt, das Ende des russisch-amerikanischen Abrüstungsvertrags INF sei „die wirklich schlechte Nachricht“ für Europa. „Und wir sitzen da“. Was sie nicht sagt, ist, dass Deutschland unter ihrer Führung die Bundeswehr abgewirtschaftet hat (...)* Über nukleare Teilhabe und Abschreckung Russlands will sie nicht einmal sprechen. Beim gemeinsamen Nato-Ziel für Rüstungsausgaben ist Deutschland Investitions-Versager und –Verweigerer⁴³.

Ihre Nachfolgerin als CDU-Vorsitzende dagegen *macht einen spektakulären Vorschlag für ein Rüstungsprojekt*⁴⁴. Mit Frankreich könnten wir mit dem *symbolischen Projekt eines gemeinsamen europäischen Flugzeugträgers beginnen, um der globalen Rolle der Europäischen Union als Sicherheits- und Friedensmacht Ausdruck zu verleihen*⁴⁵.

Friedensmacht EU per Flugzeugträger? Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger hält dagegen, dass ein Flugzeugträger *ein Instrument geopol./militärischer Machtprojektion* sei⁴⁶.

Die Vorsitzende der dominierenden Regierungspartei CDU befürwortet ein milliardenschweres Rüstungsprojekt, eine *Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns* dagegen wären für sie *der falsche Weg*.

⁴⁰ Interview mit den tagessthemen, ARD, 11.2.2019.

⁴¹ Ch.B. Schiltz, *Ende des INF-Vertrags, Unvorbereitet stolpert die Nato in die Konfrontation mit Moskau*, welt.de, 12.2.2019.

⁴² Ch. von Marschall, *Zukunft der nuklearen Abschreckung, Welche Folgen das Aus des INF-Vertrags haben könnte*, „Der Tagesspiegel“, 16.2.2019.

⁴³ J. Reichelt, *Worte und Taten, Kommentar*, „Bild“, 18.2.2019.

⁴⁴ „Die Welt“, 13.3.2019.

⁴⁵ A. Kramp-Karrenbauer, *op. cit.*

⁴⁶ Per Twitter, „Die Welt“, 13.3.2019.

Mit Nachdruck wird von Leitmedien schließlich unisono mit dem US-Präsidenten auch eine massive Erhöhung des Verteidigungsetats gefordert: *Streit um unsere Nato-Ausgaben, So verspielt die Kanzlerin Deutschlands Glaubwürdigkeit, Gebetsmühlenartig wiederholt die Kanzlerin ihr Versprechen, Deutschland werde mehr Geld für Verteidigung ausgeben. (...) Doch was zählt das Wort der Kanzlerin noch?*⁴⁷

Nach transatlantischem Druck und Insistieren der Massenpresse gibt die Bundesregierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD nach: *Deutschland meldet NATO, Verteidigungsausgaben steigen um mehr als zehn Prozent (...) Das soll wohl Donald Trump besänftigen. Deutschland hat der Nato den größten Anstieg der Verteidigungsausgaben seit Jahrzehnten gemeldet. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit für das Bündnis relevanten Ausgaben in Höhe von 47,32 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Plus von mehr als fünf Milliarden Euro im Vergleich zu 2018 und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 1,35 Prozent. Einen solchen Anstieg um mehr als zehn Prozent hat es zumindest seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben*⁴⁸.

Zuvor hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schon gefordert, Deutschland müsse über die Grenzen der EU und des Nato-Bereichs hinaus für eigene globale Ambitionen gestärkt werden: *Denn die sicherheits-, außenwirtschafts- und ordnungspolitischen Interessen der viergrößten Wirtschaftsmacht enden tatsächlich nicht am Mittelmeer oder am Atlantik, sondern reichen weit darüber hinaus – auch wenn die europäischen Belange für Deutschland zentral sind und zentral bleiben werden*⁴⁹.

Aber warum nicht die EU gleich mit einbinden, bis hin zu Kampfeinsätzen auf Anforderung (von wem?): *Die militärischen Fähigkeiten und die Finanzierung von Einsätzen sollten so ausgebaut werden, dass die EU auf Anforderung in Drittstaaten bei Krisenoperationen viel häufiger als bisher flexibel und wirksam eingreifen kann – auch mit schwerem Gerät und Kampftruppen*⁵⁰.

– Rüstungsexporte

Maßgebliche Politiker und Medien erklären die Beschränkungen deutscher Waffenlieferungen als zu rigoros und fordern, diese zu lockern: *Deutschland stößt seine Partner bei Rüstungsexporten immer wieder vor den Kopf. Nun fordert CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer, die Regeln zu lockern*⁵¹.

⁴⁷ „Bild“, 22.3.2019.

⁴⁸ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 17.5.2019.

⁴⁹ K.-D. Frankenberger, *In der Verantwortung*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 12.3.2019.

⁵⁰ Ch.B. Schiltz, *Wie die EU überleben kann*, „Die Welt“, 10.5.2019.

⁵¹ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1.3.2019.

*Deutschland wird den Rüstungsexport lockern müssen*⁵².

Schluss sein müsse bei Rüstungsexporten endlich mit Skrupeln in Erinnerung an deutsche Überfälle und Vernichtungskriege. Nationale Interessen hätten Vorrang vor moralischen Bedenken: *In einer Hinsicht beschreitet Deutschland wirklich seit vielen Jahren einen Sonderweg: Über die Rüstungs- und Verteidigungspolitik wird in jedem freiheitlichen Land auf der Welt lebhaft diskutiert. Aber in der Regel geht es dabei um die Frage, wie man dem nationalen Interesse am besten dient. In Deutschland dreht sich die Debatte dagegen stets um moralische Fragen*⁵³.

Deutschlands Verantwortung als historische Konsequenz wird ironisiert und banalisiert: *Gespreizt erklärt die Koalition darin (Anm.: in der Kabinettsentscheidung), dass sie ganz gewiss, nie und nimmer rein deutsche Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien entsenden werde, weil Deutschland durch die Wahnsinns-lumperei bis 1945 der größte Verbrecher war und deshalb besser als Franzosen und Briten, nein, besser noch als die ganze Welt weiß, was Moral ist*⁵⁴.

Der Duden, Wörterbuch der deutschen Sprache, führt als Synonyme zu Lumperei auf: Kleinigkeit, Lappalie.

– Europäische Armee

Frankreichs Vorschlag vom November 2018 einer *wahren europäischen Armee* schloss sich Bundeskanzlerin Merkel *ungewöhnlich schnell*⁵⁵ an: *Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen*⁵⁶.

Viel später stellt die Bundesregierung dann klar: *Der Begriff der „Europäischen Armee“ steht nach Auffassung der Bundesregierung sinnbildlich für die politische Forderung nach einer fortschreitenden europäischen Integration im Bereich der Sicherheit und Verteidigung und soll die Umsetzung der strategischen Ziele der Bundesregierung im Bereich der Sicherheit und Verteidigung Europas unterstützen*⁵⁷.

Die Presse ist unzufrieden: *Die Worte „eines Tages“ waren eine Botschaft für sich*⁵⁸.

„Echte europäische Armee“ – nur eine merkelsche Worthülse Wenn Merkel oder von der Leyen von einer Europa-Armee sprechen, ist das also sinnbildlich gemeint, was laut Duden gleichnishaft oder symbolisch bedeutet. Man könnte auch sagen: Die „echte europäische Armee“ ist eine Worthülse. Der Regierung

⁵² Zeit Online, 26.2.2019.

⁵³ N. Busse, *Eine moralische Entscheidung*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 29.3.2019.

⁵⁴ J. Schuster, *Streit um Rüstungsexporte, Der neue deutsche Größenwahn*, „Die Welt“, 29.3.2019.

⁵⁵ „Die Welt“, 3.3.2019.

⁵⁶ Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 13.11.2018.

⁵⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/8090, 1.3.2019.

⁵⁸ „Bild-Zeitung“, 14.11.2018.

*geht es nicht um eine tatsächliche gemeinsame Streitmacht, sondern um mehr Zusammenarbeit der national souveränen Armeen. Eine Klarstellung, immerhin*⁵⁹.

*Eine gemeinsame Europa-Armee bleibt für Deutschland nur ein Lippenbekenntnis, Frankreich will die Gemeinschafts-Armee sofort. Die Bundesregierung findet darauf aber keine Antworten – und flüchtet sich wie gewohnt in Phrasen*⁶⁰.

– Zustimmung zu Handelskriegen

Die Politik des US-Präsidenten, Konkurrenten auf dem Weltmarkt durch Härte bis zum Handelskrieg zu bezwingen, wird begrüßt, zumal sie eigenen Profit verspricht: *Als sich der amerikanische Präsident Donald Trump anschickte, in seiner ihm eigenen Bulldozerhaftigkeit China den Handelskrieg zu erklären, ertönte ein vielstimmiger Chor entrüsteter Warner. Mit unterdrücktem Zorn und zähnefletschender Höflichkeit meinten die meisten europäischen Schlaumeier, den wild gewordenen Herrn im Weißen Haus daran erinnern zu müssen, dass Kriege sich niemals auszahlen und am Ende nur Verlierer auf dem Schlachtfeld stünden.*

*Dass die Geschichte anderes lehrt und Kriege mitunter nötig sind, um Aggressoren in die Schranken zu weisen, kümmerte sie genauso wenig wie die Tatsache, dass nicht Trump diesen Krieg begonnen hat, sondern Peking*⁶¹.

Auch die auflagenstarke „Bild-Zeitung“ trommelt für die Embargo-Politik der USA: *Ohne China! Der Preis für chinesische Technik im neuen deutschen 5G-Handynetz steigt und steigt. Erst stellt die US-Regierung deswegen die Zusammenarbeit der Geheimdienste bei der Terrorabwehr in Frage. Nun erklärt der amerikanische oberste Nato-General dasselbe für das Verteidigungs-Bündnis. (...) Dass Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel mit einer klaren Antwort zögern, ist nicht zu verstehen. (...) Deutschland muss beides können: für unsere Sicherheit eng an der Seite des wichtigsten Bündnispartners stehen UND ein neues Handynetz ohne die Hilfe eines Überwachungsstaates wie China aufbauen. Alles andere wäre – technologisch wie politisch – ein Offenbarungseid*⁶².

Gegenpositionen

Ideen und Positionen zur Überwindung der Krisen und für eine gestaltende Rolle Europas zwischen den sich neu formierenden globalen Machtgefügen gibt es zwar. Von mächtigen Medien oft kampagnenartig denunziert, sind Gegenpositionen jedoch erfolgreich an die Ränder verdrängt worden. Viel zu wenige

⁵⁹ Th. Jungholt, „Echte europäische Armee“ – nur eine merkelsche Worthülse, „Die Welt“, 3.3.2019.

⁶⁰ „Handelsblatt“, 12.11.2018.

⁶¹ J. Schuster, *Von Trumps Brutalität gegenüber China kann Europa profitieren*, „Die Welt“, 6.3.2019.

⁶² N. Blome, *Ohne China!*, Bild.de, 14.3.2019.

versuchen dennoch, in der Tradition europäischer Aufklärung und erfolgreicher Entspannungspolitik eine Gegenöffentlichkeit zu organisieren.

Unabdingbar für die Erneuerung der europäischen Staatengemeinschaft muss endlich die Demokratisierung der EU vorangetrieben werden. Die EU, vorrangig für wirtschaftliche Interessen agierend, muss zur Sozialunion für die Bürger umgebaut werden. International muss die EU, Friedensnobelpreisträgerin 2012, ihre Verantwortung als Friedensmacht wahrnehmen und mit einer Stimme deutlich zum Ausdruck bringen. Globale Herrschaftsansprüche haben die Staaten Europas mit dem Untergang des Kolonialismus überwunden, wenn auch mit Folgelasten bis heute. Mit dieser historischen Erfahrung darf es keine neuen globalen Feldzüge geben, auch nicht im Schatten imperialer Ansprüche einer sich als „first“ definierenden Supermacht. Europas Selbstbehauptung ist gefordert. Sonst droht Vasallentum und ökonomische Marginalisierung.

– Demokratisierung der EU

Das Europäische Parlament ist in seiner Gesetzgebungsfunktion trotz einiger Fortschritte seit dem Vertrag von Lissabon und einer verbindlichen Erklärung zwischen Parlament und Kommission von 2010 nach wie vor eingeschränkt. So kann es vor allem keine eigenen Gesetzesvorlagen einbringen. Im Bereich der Wettbewerbspolitik muss das Parlament nur konsultiert werden. Auch Leitmedien fordern deshalb: Das Parlament muss zum *vollwertigen Parlament* werden. *Die Demokratie muss gestärkt werden in der EU. Erstens, weil nur so Europamüdigkeit und Europafrust überwunden werden können. Viele Menschen haben, mal zu Recht, mal zu Unrecht, den Eindruck, in Brüssel würden Entscheidungen von diversen Räten hinter verschlossenen Türen ausgemauschelt (...)* Die Stärkung des Parlaments ist zweitens nötig, weil die Staats- und Regierungschefs in der heutigen EU immer schwerer zu Entscheidungen kommen. Der Dauerstreit um Flüchtlinge und Asyl ist nur ein Beispiel dafür. Will dieses Europa der vielen Staaten handlungsfähig bleiben, muss das Parlament ins Zentrum rücken. Hier lässt sich Streit offen ausfechten, hier lassen sich Konflikte nach demokratischen Regeln entscheiden⁶³.

– EU als Sozialunion

Dagegen stoßen Forderungen und selbst vorsichtige Bestrebungen, der EU mehr Kompetenzen in Richtung Sozialunion zu verschaffen, in Leitmedien auf Widerstand: *In der EU gilt bei der Sozial- und Steuerpolitik das Prinzip der Einstimmigkeit. Nun will die Kommission in diesen Politikfeldern Mehrheitsentscheidungen einführen. (...) Der Vorstoß zur Abschaffung der Einstimmigkeit birgt gewaltigen Konfliktstoff. Denn zum einen prallen in der Sozial- und Steuerpolitik die fundamentalen Gegensätze zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten*

⁶³ S. Ulrich, *EU, Mehr Macht dem Parlament*, „Süddeutsche Zeitung“, 9.5.2019.

aufeinander. Zum anderen geht es um Wirtschaftsinteressen und letztlich um neue Wege der Umverteilung innerhalb der EU⁶⁴.

Durch die Dominanz wirtschaftlicher Interessen vor sozialem Ausgleich zwischen Nord und Süd und West und Ost wird ebenfalls eine Demokratisierung der Gemeinschaft blockiert: *Die EU leidet unter einem Mangel an Demokratie. Das hat verschiedene Gründe. Einer davon ist der nach aktueller Rechtslage kaum zu überwindende Vorrang der Wirtschaftsfreiheit gegenüber sozialen Anliegen. (...) Das Wettbewerbsrecht und die Grundfreiheiten, also Monopol- und Kartellkontrolle, das Verbot staatlicher Beihilfen, das Vergaberecht sowie die uneingeschränkte Mobilität von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Personen, sind Herzstück des Binnenmarktrechts (...) Diese Instrumente seien „von ihrem Wesen her auf Marktschaffung und damit gegen (staatliche) Maßnahmen zur Marktbegrenzung“ ausgerichtet. (...) Faktisch habe dies zu einer Unterordnung sozialer Rechte unter die Wirtschaftsfreiheit geführt. Und dies bewirke eine „Beschneidung des demokratischen Gestaltungsspielraums“⁶⁵.*

– Neue Entspannungspolitik

Angesichts zunehmender Konflikte sowie politisch und medial geschürter Konfrontation bis zu einem neuen Kalten Krieg, diesmal allerdings in globalen Dimensionen, kann und muss auf historische Erfahrungen und Erfolge zurückgegriffen werden. So gibt Horst Teltschik, außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl und Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz von 1999 bis 2008 einen Überblick der derzeitigen Gefahren für den Weltfrieden sowie die dringend zu lösenden globalen Probleme: *Von der großartigen Idee einer gesamteuropäischen Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok, basierend auf Demokratie, Menschenrechten und liberaler Marktwirtschaft, wie sie so eindrucksvoll in der Pariser Charta für ein neues Europa verankert ist, sind wir heute meilenweit entfernt. Aufrüstung, konventionell wie atomar, regionale wie lokale militärische Konflikte auf fast allen Kontinenten, Autokratie und Rechtspopulismus statt Demokratie, Nationalismus statt Multilateralismus, wirtschaftliche Abschottung statt Freihandel sind mehr und mehr die bestimmenden Elemente im Zusammenleben der Völker. Und das vollzieht sich vor dem Hintergrund gemeinsamer Bedrohungen, denen sich kein Kontinent, kein Land entziehen kann: Klimawandel, Verschmutzung der Weltmeere, Terrorismus, Pandemien, Cyberwar, Flüchtlingsströme, die Militarisierung des Weltraums. Diese weltweiten Gefährdungen*

⁶⁴ D. Siems, *Ein EU-Vorhaben, das vor allem Deutschland schadet*, „Die Welt“, 28.4.2019.

⁶⁵ *Europa soll mehr sein als ein Markt*, Böckler Impuls, Hans Böckler Stiftung, 7/2019, 18. April, S. 6; Zusammenfassung zu: D. Seikel, *Das übersehene Demokratiedefizit*, WSI-Mitteilungen, „Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts dieser Stiftung“, Nr. 2/2019, S. 146–147.

erfordern globale und regionale Verständigung und Zusammenarbeit. Stattdessen dreht sich die Eskalationsspirale⁶⁶.

Zu einer Politik, die darauf zielt, Konflikte zu entschärfen, gehört auch der Verzicht auf wirtschaftliche Sanktionen.

Der amerikanische Sanktionswahn – allein 2018 waren es 1.373 Fälle – ist politisch nicht nur wirkungslos, er ist kontraproduktiv. 60 Jahre Sanktionen gegen Kuba haben das Castro-Regime nicht zu Fall gebracht; fünf Jahre Sanktionen gegen Russland haben Putins Herrschaft nicht unterminiert. Und im Iran zeigt sich, dass die harten Strafmaßnahmen in erster Linie das Volk treffen und damit Wasser auf die Mühlen der Hardliner sind. In den meisten Fällen schaden wir mit Sanktionen uns selbst, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen.

Und auch wenn Präsident Trump es in den Wind schlagen wird – man muss ihm immer wieder öffentlich sagen, dass Amerikas Anspruch, wonach die ganze Welt seine Gesetze befolgen muss, der Anspruch auf grenzüberschreitende Geltung seiner Sekundärsanktionen also, eine Verletzung unserer Souveränität darstellt. Erpressung à la Trump zerfrisst die atlantische Gemeinschaft. Deutliche Worte, aktive Diplomatie und eine wehrhafte Handelspolitik sind überfällig⁶⁷.

Aktuelle Publikationen zur Europäischen Union

Ecke, Jonas: Im Süden nichts Neues, Die Rolle Deutschlands im Zeitalter der neuen Stellvertreterkriege, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 3/2019, S. 84–90.

Gasparotti, Alessandro; Matthias Kullas: 20 Jahre Euro: Verlierer und Gewinner, Eine empirische Untersuchung, cep – Centrum für Europäische Politik, Freiburg, Febr. 2019.

Herr, Hansjörg; Jan Prieue; Andrew Watt: Still time to save the Euro: A new agenda for growth and jobs with a focus on the euro area's four largest countries, Berlin: Social Europe Publishing, 2019.

Hilmer, Richard: Europäische Integration – Sorgen und Erwartungen, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2019.

Kershaw, Ian: Achterbahn Europa 1950 bis heute, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2019.

Möllers, Christoph; Linda Schneider: Demokratiesicherung in der Europäischen Union, Studie zu einer europäischen Aufgabe, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zu Europa, Band 9, Berlin, 2018.

Neu, Viola: Die Europawahl in Deutschland am 26. Mai 2019, Wahlanalyse, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2019.

⁶⁶ H. Teltschik, *Auf Moskau zugehen, Russland und der Westen geraten in eine gefährliche Spirale der Konfrontation. Sie ist nur durch eine neue Entspannungspolitik zu durchbrechen, nicht durch neue Raketen*, Essay, „Welt am Sonntag“, 17.3.2019.

⁶⁷ Th. Sommer, *Nicht von Donald Trump erpressen lassen. Die USA eskalieren den Konflikt mit dem Iran, ohne Rücksicht auf Verbündete. Deutliche Worte, aktive Diplomatie und eine wehrhafte Handelspolitik Europas sind überfällig*, Zeit Online, 14.5.2019.

- Nuspliger, Niklaus: Europa zwischen Populisten-Diktatur und Bürokraten-Herrschaft, Zürich: NZZ libro, 2019.
- Ondarza, Nicolai von: Mehr als nur eine Personalentscheidung, Die nächste EU-Kommission braucht ein gemeinsames politisches Mandat, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, „SWP-Aktuell“, 2019/A 35, Juni 2019.
- Patel, Kiran Klaus: Projekt Europa, Eine kritische Geschichte, München: Beck, 2018.
- Rappold, Julian; Natasha Wunsch: Der Einfluss EU-skeptischer Kräfte geht über das Europäische Parlament hinaus, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAPkompakt 12, 27. Juni 2019.
- Schwarzer, Daniela: Was uns der Streit um die Besetzung der EU-Spitzenposten lehrt, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAPstandpunkt 19, Juli 2019.
- Seikel, Daniel: Das übersehene Demokratiedefizit, WSI-Mitteilungen, Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung, Nr. 2/2019.
- Weber, Klaus; Henning Ottmann: Reshaping the European Union, Baden-Baden: Nomos, 2018.
- Welfens, Paul J.: Brexit aus Versehen, Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, Heidelberg: Springer, 2018.
- Zielonka, Jan: Konterrevolution, Der Rückzug des liberalen Europa, Frankfurt am Main: Campus, 2019.

Future of the EU and its International Role. German Discussions and Plans

The article concerns German discussions and plans regarding the future of the European Union and its international role. The first part discusses conflicts or differences that burden relations between EU Member States regarding refugee policy, energy policy, the euro currency and arms policy. In addition, phenomena and processes such as nationalism and populism, Brexit and separatism are emphasized. Then the global changes are presented with which the European Union is confronted: the end of Eurocentrism, the US exit from the INF treaty, the future of the nuclear agreement with Iran and the US trade war with China. The rest of the article presents briefly reactions in Germany, which fall into the mainstream of opinion formation, as well as concepts to overcome crises and shape the role of the European Union: democratization of the EU, the EU as a social union and a new policy of relaxation.

Key words: European Union, Germany, international role, conflicts, cooperation

Przyszłość UE i jej międzynarodowa rola. Niemieckie dyskusje i plany

Artykuł dotyczy niemieckich dyskusji i planów odnośnie przyszłości Unii Europejskiej i jej roli międzynarodowej. W pierwszej części omawiane są konflikty względnie różnice, które obciążają stosunki między państwami członkowskimi UE, dotyczące polityki uchodźczej, polityki energetycznej, waluty euro i polityki zbrojeniowej. Ponadto akcentowane są takie zjawiska i procesy, jak nacjonalizm i populizm, Brexit i separatyzm. Następnie prezentowane są globalne zmiany, z którymi konfrontowana jest Unia Europejska: koniec eurocentryzmu, wyjście USA z traktatu INF, przyszłość porozumienia atomowego z Iranem i wojna handlowa USA z Chinami. W dalszej części artykułu przedstawiono pokrótce reakcje w Niemczech, które mieszczą się w głównym nurcie kształtowania opinii, jak również koncepcje pozwalające przetrwać kryzysy i kształtować rolę Unii Europejskiej: demokratyzacja UE, UE jako unia społeczna i nowa polityka odprężania.

Słowa kluczowe: Unia Europejska, Niemcy, rola międzynarodowa, konflikty, kooperacja